

Fremde Federn: Wolfgang Seibel

Besonnen sein gegenüber Amerika

Die Gespräche von Bundeskanzlerin Merkel mit dem amerikanischen Präsidenten Trump sowie die begleitenden Beratungen der Beraterstäbe am Freitag sind angesichts der Turbulenzen und Unberechenbarkeit der politischen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten und in Europa von einer Bedeutung, wie sie deutsch-amerikanische Konsultationen wohl seit den Tagen Konrad Adenauers nicht mehr hatten. Es geht um die Überwindung der großen Nervosität, die in dem dramatischen Appell des EU-Ratspräsidenten, Donald Tusk, zum Ausdruck kam, der Ende Januar in einem Schreiben an die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten vor der Aufkündigung der nun 70 Jahre währenden Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und dem demokratischen Europa warnte. Erforderlich sind nüchterne Abklärungen der gegenseitigen Einschätzungen und Erwartungen, die in tragfähige Verabredungen über die Ausgestaltung der künftigen Kooperation im Rahmen der seit 1945 entstandenen multilateralen Strukturen münden.

Für die deutsche Seite ist dies angesichts des schwer kalkulierbaren Temperaments des amerikanischen Präsidenten, auch angesichts der offensichtlichen Auffassungsunterschiede und Spannungen im Kreis seiner unmittelbaren Berater keine leichte Aufgabe. Sie muss mit der Besonnenheit einer „reflective power“ angegangen werden, wie der künftige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, noch als Außenminister, die Rolle Deutschlands in der internationalen Politik umschrieben hat.

Es ist kein Zeichen von Besonnenheit, wenn sich die Regierung in Berlin in dieser Situation einen Streit über den deutschen Beitrag zu den Verteidigungskosten im Rahmen der Nato leistet. Dies berührt das Herzstück der multilateralen Strukturen, die Europa und die Vereinigten Staaten aneinander binden. Die Nato-Vereinbarung, wonach die Mitgliedstaaten des Bündnisses zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung aufwenden sollen, wurde im Verteidigungsweißbuch der Bundesregierung von 2016 bekräftigt.

Außenminister Gabriel distanziert sich nun davon. Dass ein Außenminister sich von einem Grundsatzbeschluss der eigenen Regierung verabschiedet, den er als Vizekanzler selbst mit herbeigeführt hat, ist ungewöhnlich genug. Schwerwiegender ist, dass Gabriel die gemeinsam mit dem Koalitionspartner beschlossene Umsetzung des Zwei-Prozent-Ziels geradezu diskreditiert mit der Bemerkung, ein derart gesteigerter deutscher Wehretat mache aus Deutschland eine Übermacht, die unsere Nachbarn in Europa nicht unbedingt wünschten.

Kollektive Sicherheit in darauf abgestimmten multilateralen Strukturen ist die Grundlage deutscher Staatsräson, denn sie ist Europas historische Antwort auf die maßgeblich von Deutschland angestifteten Verheerungen durch die Kriege des 20. Jahrhunderts. Nur im Verbund mit den Nato-Mitgliedstaaten ist die Sicherheit Deutschlands zu gewährleisten, und nur innerhalb der Nato ist Deutschland für seine Nachbarn, die es im letzten

Jahrhundert zweimal mit Krieg überzogen hat, ein erträgliches wirtschaftliches und politisches Gebilde.

Deutsche Übermacht ist für unsere Nachbarn heute nicht im Entferntesten auf militärischem Gebiet ein Problem, dafür aber umso mehr auf wirtschaftlichem. Der exzessive und nachhaltige Exportüberschuss Deutschlands belastet die Wachstumsbilanzen unserer Wirtschaftspartner in Europa und Nordamerika, er macht Deutschland wie kein zweites Land abhängig von einem sicheren internationalen Umfeld. Die fortgesetzten Mahnungen der EU-Kommission zur Normalisierung der deutschen Außenhandelsbilanz aber stoßen in Berlin lediglich auf provokatives Achselzucken.

Zur außenpolitischen Besonnenheit gehört ein realistisches Bild der Außenwahrnehmung der größten Wirtschaftsmacht des Kontinents, die sich nach Auffassung vieler europäischer und nordamerikanischer Partner die eigene Sicherheit von denjenigen bezahlen lässt, die es durch den eigenen Außenhandelsüberschuss belastet. Das Kollektivgut Sicherheit verkräftet auf Dauer keine Trittbrettfahrer, also Nutznießer, die ihrerseits zu wenig einzahlen. Fahrlässig ist es, die Berechenbarkeit deutscher Außen- und Sicherheitspolitik dadurch zu untergraben, dass man die Abkehr Deutschlands von einem strategischen Nato-Beschluss fordert.

Dies umso mehr, wenn dadurch Wasser auf die Mühlen der Neo-Isolationisten im Umfeld des amerikanischen Präsidenten geleitet wird. Die Erkenntnis, dass, wie die Zwischenkriegsperiode gezeigt

hatte, der eigenen Sicherheit mit einem Rückzug aus Europa nicht gedient war, dass vielmehr die europäischen Angelegenheiten Angelegenheit der Vereinigten Staaten bleiben müssen, prägte nach 1945 die amerikanische Außenpolitik. Zu befürchten steht, dass sich die Trump-Administration davon abwendet; genau dies hat in der EU und der Nato Alarmstimmung ausgelöst. Aber die Bruchlinien in der amerikanischen Regierung sind unverkennbar. Im europäischen und auch im deutschen Interesse liegt es, die Kräfte politischer Rationalität und Berechenbarkeit in der amerikanischen Außenpolitik zu nutzen und zu stärken, für die Außenminister Tillerson, Verteidigungsminister Mattis und Sicherheitsberater McMaster stehen.

Trump hat auch den Mastermind des rechten Populismus, Steve Bannon, zum Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats gemacht. Der agitiert, ja schwadroniert gegen die Europäer, die EU und die Stützung der Nato durch die Vereinigten Staaten. Er würde sein Handwerk nicht verstehen, würde er den Konflikt in der deutschen Regierung über die Verteidigungsausgaben nicht als Beleg für europäische Unentschlossenheit und Unzuverlässigkeit aufgreifen. Figuren wie er lehren, worin derzeit die größten Risiken für Stabilität und Sicherheit nicht nur in Europa liegen: in verantwortungslosem Gerede. Warum soll nicht auch der deutsche Außenminister sich diese Lehre zu Herzen nehmen?

Der Verfasser ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Konstanz.